

# Politik und Familienbande – „Erb- Abgeordnete“ im japanischen Parlament

Verena Blechinger (München)

Zum Jahreswechsel 1995/1996 diagnostizierte die Redaktion der Zeitschrift *Bungei shunjû* eine Krise in der japanischen Politik. Sowohl angesichts eines veränderten außenpolitischen Umfelds nach dem Ende des Kalten Krieges, als auch durch die Tatsache, daß die langjährige Regierungspartei LDP (Liberaldemokratische Partei, *Jimintô*) nach ihrer Spaltung im Jahr 1993 die absolute Mehrheit im Parlament verloren hat, sei eine Erneuerung des politischen Systems erforderlich. Diese werde jedoch durch eine gravierende Politikverdrossenheit der Wähler erschwert. Bei den Oberhauswahlen im Juli 1995 war die Wahlbeteiligung mit nur 44,5% (HAYANO 1996:240) auf den niedrigsten Stand seit 1946 gefallen, und auch die Erfolge prominenter Medienpersönlichkeiten (*tarento*), wie etwa des Autors und Fernsehstars Aoshima Yukio oder des Komikers „Knock“ Yokoyama bei den Gouverneurswahlen von Tōkyō bzw. Ōsaka im Frühjahr 1995 machten das geschwundene Vertrauen der Bürger in die Politiker deutlich. Während sich immer mehr Japaner aus Verärgerung über die zahlreichen Korruptionsskandale der letzten Jahre von den bisherigen Mandatsträgern abwandten, verlangten die zur Lösung anstehenden Aufgaben Persönlichkeiten, die über Erfahrung und eine genaue Kenntnis der politischen Strukturen verfügten: Was Japan brauche, seien „Profi-Politiker“ (*seiji no puro*) (*Bungei shunjû* 1.1996:94). Ausgehend von diesem Dilemma und in der Absicht, ihren Lesern neue Hoffnungsträger vorzustellen, befragten die Autoren 107 Politikredakteure der sechs größten japanischen Tageszeitungen und zweier Nachrichtenagenturen<sup>1</sup> nach ihrer Vorstellung von der politischen Landschaft Japans im 21. Jahrhundert und baten sie, die drei Abgeordneten des gegenwärtigen Unterhauses zu nennen, denen sie es zutrauen würden, dort eine Führungsrolle zu übernehmen. Die Ergebnisse dieser Umfrage veröffentlichte *Bungei shunjû* im Januar 1996 unter dem Titel: „Wer sind die politischen Führer im 21. Jahrhundert?“

Betrachtet man die einzelnen Politiker auf dieser Liste und sucht nach Gemeinsamkeiten, die auch als Hinweise auf die Ursachen für ihre Wahl angesehen werden können, so fällt auf, daß nicht nur die drei Erstplatzierten Hatoyama Yukio (Neue Partei – der Herold, *Shintô sakigake*), Funada Hajime (Neue Fortschrittspartei, *Shinshintô*) und Tanigaki Sadakazu (LDP), sondern alle der unter

---

1 In die Umfrage einbezogen wurden die Tageszeitungen *Asahi shinbun*, *Yomiuri shinbun*, *Mainichi shinbun*, *Nihon keizai shinbun*, *Sankei shinbun* und *Tōkyō shinbun* sowie die Nachrichtenagenturen *Kyōdō tsūshin* und *Jiji tsūshin* (*Bungei shunjû* 1.1996:94).

den ersten zehn genannten,<sup>2</sup> möglichen zukünftigen Spitzenpolitiker in zweiter oder höherer Generation im Parlament vertreten sind, d.h. daß sie aus Familien stammen, in denen bereits der Vater oder Großvater in der Politik aktiv waren. So sind z.B. Hatoyama Yukio, der frühere Generalsekretär der *Sakigake* und sein Bruder Kunio, der in der Liste von *Bungei shunjû* auf Platz 9 genannt wird, Politiker in vierter Generation. Ihr Urgroßvater, Hatoyama Kazuo, war vor dem Zweiten Weltkrieg Sprecher des Unterhauses, der Großvater, Hatoyama Ichirô, von 1954–1956 Premierminister und ihr Vater, Hatoyama Ichirô, Außenminister. Funada Hajime ist Politiker in der dritten Generation. Sein Großvater, Funada Nakada, war Sprecher des Unterhauses, sein Vater, Funada Yuzuru, Gouverneur der Präfektur Tochigi. Auch der an dritter Stelle plazierte Politiker Tanigaki Sadakazu ist Sohn eines Abgeordneten und früheren Erziehungsministers.

Beschäftigt man sich mit der Geschichte der LDP, stößt man immer wieder auf Politiker, die miteinander verwandt sind. So war etwa Premierminister Kishi Nobusuke der ältere Bruder des späteren Premierministers Satô Eisaku. Als weiteres Beispiel kann man Ex-Premierminister Takeshita Noboru und Kanemaru Shin anführen: Die Tochter von Takeshita ist mit dem Sohn von Kanemaru verheiratet (*Seisaku jihôsha* 1994:220, HOLSTEIN 1990:80).

Mag der Fall, daß zwei Politiker, die sich im Laufe ihrer Karriere über lange Zeit nahestanden, auch private Kontakte geknüpft haben, die in die Hochzeit ihrer Kinder mündeten, sich durch die Begleitumstände erklären lassen und weder eine Besonderheit des politischen Lebens im allgemeinen noch speziell der Politik in Japan sein, so ist die Tatsache, daß zwei Brüder kurz nacheinander das Amt des Premierministers ausüben,<sup>3</sup> doch außergewöhnlich. Darüber hinaus lassen sich familiäre Beziehungen unter den Abgeordneten des japanischen Parlaments in einem Ausmaß nachweisen, wie sie wohl in modernen Demokratien westlicher Prägung selten zu finden sind. Zwar gibt es auch in Westeuropa oder in den USA Familien, die über mehrere Generationen in der Politik aktiv sind, wie etwa die Kennedys in den USA, die de Gaulles in Frankreich oder, auf Landesebene in Bayern, die Familien Strauß und Goppel, diese stellen jedoch Einzelfälle dar. Begründen läßt sich die Entwicklung in Japan durch die Tendenz, daß Abgeordnete, die z.B. aus Altersgründen ihr Mandat niederlegen, dieses an

2 Die Liste führt auf den Plätzen 1–10 folgende Abgeordnete aus unterschiedlichen Parteien an: 1. Hatoyama Yukio (*Sakigake*), 2. Funada Hajime (NFP), 3. Tanigaki Sadakazu (LDP), 4. Katô Kôichi (LDP), 5. Ôzawa Ichirô (NFP), 6. Kôizumi Junichirô (LDP), 7. Hashimoto Daijirô (Gouverneur von Kôchi), 8. Kano Michihiko (NFP), 9. Hatoyama Kunio (NFP), 10. Yokomichi Takahiro (ehem. Gouverneur von Hokkaidô) (*Bungei shunjû* 1.1996:95). Anzumerken ist zudem, daß die Brüder Hatoyama im September 1996 eine neue Partei, die Demokratische Partei (*Minshutô*) gegründet haben.

3 Die Regierungszeit von Premierminister Kishi Nobusuke dauerte von März 1957 bis Juli 1960, die seines Bruders Satô Eisaku von November 1964 bis Juli 1972 (KITAOKA 1995:Anhang 39–44).

ihre Söhne, Schwiegersöhne oder andere nahe Verwandte übergeben.<sup>4</sup> Der Politikwissenschaftler ICHIKAWA Taichi (1990:2) bezeichnet dieses Phänomen als „Politikfamilien“ (*seiji kazoku*) oder „Erb-Abgeordnete“ (*sesshû daigishi*).

In beiden Kammern des japanischen Parlaments finden sich zahlreiche Politiker, die ein Mandat in zweiter oder dritter Generation ausüben. So machen etwa im gegenwärtigen, im Oktober 1996 gewählten Unterhaus die *nisei giin* (Abgeordneten der zweiten Generation) oder *sansei giin* (Parlamentarier der dritten Generation) den folgenden Anteil an der Gesamtzahl der Abgeordneten aus (in Klammern die Zahlen für das vorherige, 1993 gewählte Parlament):<sup>5</sup>

	Abgeordnete insgesamt	davon in 2. Generation	davon in 3. Generation	länger als 3 Generationen
<i>Jimintô</i> , LDP	239 (203)	81 (75)	17 (14)	–
<i>Shinshintô</i> , NFP	156 (169)	15 (18)	2 (3)	– (1)
<i>Minshutô</i> , DP	52 (–)	8 (–)	– (–)	2 (–)
<i>Shamintô</i> , SDPJ	15 (64)	– (7)	– (–)	–
<i>Shintô sakigake</i> , NPS	2 (20)	1 (5)	–	1
sonstige und Unabhängige	12 (37)	2 (6)	1 (1)	– (1)
<i>Nihon kyôasantô</i> , KPJ	26 (15)	– (–)	– (–)	– (–)
<b>Unterhaus gesamt</b>	<b>500 (511)</b>	<b>107 (111)</b>	<b>20 (18)</b>	<b>2 (2)</b>

**Abbildung 1:** Abgeordnete der zweiten und dritten Generation im Unterhaus (Stand: Oktober 1996). (Quelle: eigene Berechnung aufgrund von *Seisaku jihôsha* 1994: Anhang S.2–5, *Nihon keizai shinbun* 22.10.1996:27–29)

4 Die Weitergabe eines politischen Amtes an die Tochter oder Schwiegertochter stellt, wie auch unsere Tabellen zeigen, eine Ausnahme dar. Grundsätzlich ist hierbei zu bemerken, daß Politiker in Japan in der Regel Männer sind und der Frauenanteil trotz des sogenannten „Madonna-Booms“ Ende der 80er Jahre, als viele Frauen, motiviert durch das Vorbild der damaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Doi Takako, ins Parlament und in lokale Gremien gewählt wurden (vgl. z.B. *Far Eastern Economic Review*, 20.7.1989:11–12), sehr gering ist. Siehe dazu auch PHARR (1981), IWAI (1993), VOGEL (1995).

5 Die folgenden Ausführungen beziehen sich durchgängig auf das politisch einflußreichere Unterhaus. Das Zahlenmaterial aus dem Abgeordnetenhandbuch *Seikan yôran* (*Seisaku jihôsha* 1994: Anhang S.6) und Daten des Politologen ICHIKAWA (1990:10) weisen jedoch darauf hin, daß für das Oberhaus des japanischen Parlaments eine ähnliche Situation angenommen werden kann. – Bei den Daten für DP, Sakigake und SDPJ ist darauf hinzuweisen, daß sich die DP im September 1996 aus einem Großteil der Mitglieder von Sakigake und SDPJ neu gegründet hat, weshalb sich die Abgeordnetenzahlen für die verbliebenen „Rumpfparteien“ deutlich reduziert haben.

Bei der Betrachtung dieser Tabelle fällt auf, daß ein Viertel aller Abgeordneten im japanischen Unterhaus (25,8%) ihr Mandat als Familienangehörige in zweiter oder höherer Generation ausüben. Der Großteil davon entfällt auf die LDP, die 75,9% dieser Parlamentarier gegenüber einem Gesamtanteil von nur 47,8% im Unterhaus stellt. Darüber hinaus sind die Zweitgenerations-Abgeordneten der *Shinshintô* zu einem erheblichen Teil frühere, im Jahr 1993 aus dieser Partei ausgetretene LDP-Parlamentarier. Zählt man diese Politiker hinzu, kommt man auf einen Anteil der „Erb-Abgeordneten“ der LDP und ehemaliger LDP-Mitglieder an der gesamten Gruppe dieser Politiker im Unterhaus von 89,1%. Stellt man weiter die Zweit- und Drittgenerationspolitiker innerhalb der LDP-Unterhausfraktion in Relation zu den übrigen Abgeordneten dieser Partei, so erreichen sie 41%. Nahezu die Hälfte der LDP-Vertreter im Unterhaus hat somit ihr Mandat vom Vater, Großvater oder einem anderen nahen Verwandten „geerbt“.

Dieser hohe Prozentsatz legt die Vermutung nahe, daß sich der Generationswechsel im japanischen Parlament vorrangig nicht durch den Einzug junger Politiker, die auf eine Karriere innerhalb der Parteigremien oder auf regionaler Ebene aufbauen, ins Parlament vollzieht, sondern vielmehr dadurch, daß – wörtlich genommen – die Erben der Politiker der Nachkriegszeit deren Mandate übernehmen. Man kann diese These weiter durch die Tatsache untermauern, daß nahezu alle „Erbpolitiker“ im Unterhaus nach 1963 ins Parlament gewählt worden sind. Geht man davon aus, daß ein japanischer Unterhausabgeordneter zum Zeitpunkt seiner ersten Wahl etwa 45–50 Jahre alt ist,<sup>6</sup> kann man annehmen, daß die in der frühen Nachkriegszeit gewählten Politiker ab Ende der 60er Jahre aus Altersgründen ihr Mandat niederlegten. Zeitgleich zu dieser Entwicklung stieg die Zahl der neu ins Parlament gewählten Abgeordneten der zweiten oder einer höheren Generation stetig an.

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich wird, stellen die Abgeordneten der zweiten Generation den Großteil der „Erbpolitiker“. In der Tat ist die Zahl derjenigen Parlamentarier, die Politiker aus der Vorkriegszeit zu ihrer Verwandtschaft zählen können, eher gering. Nach ICHIKAWA (1990:4) gibt es in Japan nur vier Familien, die über mehr als vier Generationen in der Politik aktiv sind. Als Beispiel wäre hier neben der bereits erwähnten Familie Hatoyama der frühere Premierminister Hosokawa Morihiro (Regierungszeit 1993–1994) zu nennen, der in 18. Generation von einem Feudalherrn aus Kumamoto abstammt. Sein Großvater mütterlicherseits, der ehemalige Premierminister Fürst Konoe Fumimaro (1891–1945), hatte 1941 erfolglos versucht, eine Verständigung mit den USA herbeizuführen und eine Ausweitung des Krieges in China zu verhindern. Als Politiker in dritter Generation zu nennen ist auch der ehemalige Premierminister Miyazawa Kiichi (Regierungszeit 1991–1993), dessen Großvater mütterlicher-

---

6 So waren z.B. bei der Unterhauswahl von 1986 die erstmals gewählten Abgeordneten im Schnitt 45,4 Jahre alt, im Jahr 1989 waren es 49,6 Jahre, 1996 waren es 48 Jahre (ICHIKAWA 1990:S. 13, eigene Berechnung aufgrund *Nihon keizai shinbun*, 22.10.1996:27–29).

seits, Ogawa Heikichi, vor dem Zweiten Weltkrieg Generalsekretär einer der beiden großen Vorkriegsparteien, der *Rikken seiyūkai* (Gesellschaft der Freunde konstitutioneller Regierung) und Eisenbahnminister gewesen ist. Miyazawas Vater, Miyazawa Yutaka, war bis zu seiner Entfernung aus allen öffentlichen Ämtern aufgrund der Säuberungspolitik der amerikanischen Besatzungstruppen Mitglied des Repräsentantenhauses (ICHIKAWA 1990:12, IGARASHI 1995:417). Ein weiterer Politiker in dritter Generation ist der bereits sechsmal im Wahlkreis Fukuoka VIII wiedergewählte LDP-Abgeordnete Asô Tarô, dessen Vater ein Unterhausmandat innehatte und dessen Großvater mütterlicherseits der ehemalige Premierminister Yoshida Shigeru ist. Asô ist zudem der Schwiegersohn des ehemaligen Premierministers Suzuki Zenkô sowie Schwager von Prinz Tomohito, einem Cousin des Kaisers (*Seisaku jihôsha* 1994:254, ROTHACHER 1993:50, *Nihon keizai shinbun*, 22.10.1996:29). Ebenfalls in diesem Zusammenhang anzuführen ist der heute 42jährige LDP-Abgeordnete Abe Shinzô, der Nachfolger seines Vaters Abe Shintarô, der als wichtigster Rivale von Miyazawa Kiichi in Konkurrenz um das Amt des Premierministers galt und kurz vor Erreichen dieses Ziels im Jahr 1990 verstarb. Abe Shinzôs Großvater väterlicherseits war Abgeordneter, sein Großvater mütterlicherseits war der oben bereits erwähnte Ex-Premierminister Kishi Nobusuke, sein Großonkel Ex-Premierminister Satô Eisaku (*Seisaku jihôsha* 1994:S.234, *Far Eastern Economic Review* 22.7.1993:16). In dieser Gruppe finden sich jedoch auch Drittgenerationspolitiker mit einem weniger spektakulären Hintergrund wie der ehemalige Außenminister Mutô Kabun, der als Sohn und Enkel eines Unterhausabgeordneten gegen den Willen seiner Familie ebenfalls eine politische Karriere einschlug (*Seisaku jihôsha* 1994:156).

Diese Beispiele illustrieren die Tatsache, daß Generationswechsel durch Weitergabe des politischen Mandats an Kinder oder andere nahe Verwandte in Japan eine lange Tradition besitzen. Die oben beschriebenen, nahezu dynastischen Familienverbände, aus denen eine Reihe von Politikern hervorgegangen ist, die heute die Politik des Landes entscheidend mitprägen, sind jedoch nicht repräsentativ für die Mehrheit der „Erpolitiker“ im japanischen Unterhaus. Diese können in der Regel nicht auf eine so lange politische „Ahnenreihe“ zurückblicken, sondern sind zu einem großen Teil Söhne von Abgeordneten, die nach 1945 als erste in ihrer Familie ein Mandat erhalten haben. Die folgende Abbildung veranschaulicht die familiäre Einordnung der Zweit- und Drittgenerationspolitiker in der Unterhausfraktion der LDP im gegenwärtigen, im Oktober 1996 gewählten Parlament.

	Abgeordneten	Ministern	Premierministern	gesamt
Söhne von	44	26	3	73
Schwiegersöhne von	1	2	2	5
Adoptivsöhne von	1	1	1	4
Enkel von	11	4	1	17
<b>gesamt</b>	<b>58</b>	<b>33</b>	<b>8</b>	<b>99</b>

**Abbildung 2:** Aufschlüsselung der 98 Unterhaus-Abgeordneten der LDP in der zweiten und dritten Generation nach familiärem Hintergrund (Stand: Oktober 1996).<sup>7</sup> (Quelle: *Seisaku jihōsha* 1994: Anhang S. 2–5, *Nihon keizai shinbun*, 22.10.1996:27–29)

Wie aus Abbildung 2 ersichtlich wird, stellen die Söhne von Abgeordneten und Ministern den Großteil der „Erben“. Die zweite große Gruppe bilden die Enkel, also die Politiker, in deren Familie mindestens in dritter Generation ein politisches Mandat gehalten wird. Auffallend ist auch die vergleichsweise hohe Zahl der Schwieger- und Adoptivsöhne von Ministern und ehemaligen Premierministern im Unterhaus. Sucht man nach einer Erklärung für das Vorhandensein solcher „Dynastien“, liegt es zunächst nahe, auf Verbindungen zum traditionellen Familiensystem und der Institution des *ie* (Haus) zu schließen, die das Familienrecht bis 1945 dominierte.

Im traditionellen japanischen Familiensystem, das sich im Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs von 1889 widerspiegelte,<sup>8</sup> galt es als wichtigste Aufgabe des Hausvorstandes, den Fortbestand des Familienverbandes und die Aufrechterhaltung der Ahnenverehrung sicherzustellen. Zudem wurde vom Haus erben die Weiterführung des vom *ie* geführten landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebs erwartet. Mit dem Inkrafttreten des BGB von 1889 galt für ganz Japan einheitlich eine patrilineare Erbfolge, d.h. das Amt des Familienoberhauptes und Hausvorstandes ging mit all den damit verbundenen Rechten und Pflichten vom Vater auf den ältesten Sohn über.<sup>9</sup> Dies hatte nicht nur Wirkung nach innen in Bezug auf die Familienangehörigen, sondern schloß auch das äußere Umfeld des *ie* mit ein. Machtpositionen, die bisher dem Vater zuka-

<sup>7</sup> Hier sind Mehrfachzählungen, etwa im Fall von Abgeordneten, deren Väter und Großväter Parlamentarier oder Regierungsmitglieder waren, möglich. Zudem ist anzumerken, daß Politiker-Töchter oder Enkelinnen innerhalb der LDP-Fraktion im Unterhaus keine Rolle spielen. Einzige Ausnahme ist Tanaka Makiko, die Tochter des früheren Premierministers Tanaka Kakuei (Regierungszeit 1972–1974), die 1996 zum zweiten Mal im Wahlkreis ihres Vaters in Niigata wiedergewählt wurde (*Nihon keizai shinbun*, 22.10.1996:28).

<sup>8</sup> Vgl. zu den Einzelheiten NEUSS-KANEKO (1990:54–64).

<sup>9</sup> Bis 1889 gab es in Japan regionale Unterschiede in der Erbfolge v.a. auf dem Land, die durch die Vereinheitlichung und Übertragung der patrilinear geprägten Struktur der Samurai-Familie auf ganz Japan ausgelöscht wurden; vgl. dazu NEUSS-KANEKO (1990:54–84).

men, etwa gegenüber den dem Haupthaus unterstellten Zweigfamilien oder auch innerhalb der Dorfgemeinschaft, übte nun der Sohn und Erbe aus. Innerhalb der Kriegerklasse wurden bis zum Ende der Edo-Zeit in der Mitte des 19. Jahrhunderts Ämter in Politik und Verwaltung vom Vater auf den ältesten Sohn vererbt. Hatte der Vater als höherer Samurai eine wichtige Position in der Verwaltung inne, wurde vom Sohn erwartet, dieselbe Laufbahn einzuschlagen. Vor allem aufgrund der Tatsache, daß der Ahnenkult, der im Shintôismus eine wesentliche Rolle spielt, mit dem *ie* fest verknüpft war und vom Hausvorstand durchgeführt werden mußte, lag ein sehr hoher moralischer Druck auf dem ältesten Sohn, den Bestand des *ie* zu gewährleisten und das Ansehen des Hausverbandes in der Öffentlichkeit zu schützen und zu mehren. Die aus der konfuzianischen Ethik stammende Verpflichtung, den Eltern gegenüber Loyalität und kindliche Pietät zu wahren, wirkte zusätzlich bestärkend. Diese Tradition führte zu einer Verknüpfung des Familienbetriebes oder Amtes, das vom jeweiligen Hausoberhaupt ausgeübt wurde, mit dem *ie* und nicht mit der jeweiligen Person. Machtpositionen etwa innerhalb eines Dorfes waren damit nicht an Individuen, sondern an bestimmte Familienverbände gebunden, deren Hausvorständen nur als Repräsentanten des Ganzen, nicht aber als Führungspersönlichkeiten aus eigener Autorität Loyalität geschuldet wurde.

Für kinderlose Familien oder Familien mit Töchtern, aber ohne Sohn, sah das Meiji-BGB von 1889, das bis 1945 Gültigkeit besaß, spezielle Institutionen zur Sicherung der Hauserbfolge vor. Hausverbänden, in denen keine Erben vorhanden waren, standen in der Regel zwei Lösungsmöglichkeiten für das Nachfolgeproblem offen. Zum einen behelfen sich Familien, die nur Töchter hatten, damit, die älteste Tochter mit einem Mann zu verheiraten, der z.B. als jüngerer Sohn in seiner Familie keine Chance gehabt hätte, Hausvorstand zu werden. Der Schwiegersohn trat durch die Hochzeit ins Haus seiner Braut ein (*mukoyôshi*) und erhielt die Position des Hausvorstands. Gänzlich kinderlose Hausverbände adoptierten, v.a. dann, wenn sie politischen Einfluß besaßen oder sehr begütert waren, häufig einen Sohn aus einer Zweigfamilie oder einem *ie*, das dem eigenen Hausverband nahestand, und übertrugen ihm das Erbe. Da somit die Blutsverwandtschaft im traditionellen japanischen Familiensystem keine so zentrale Rolle spielte wie etwa in Europa, wurden die adoptierten Hauserben allgemein als gleichwertig akzeptiert. Für Söhne von wirtschaftlich schwachen (Zweig-) Familien bedeutete das Angebot, Hauserbe eines reichen oder mächtigen *ie* zu werden, die Chance, eine sonst unmögliche Karriere zu beginnen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden, nach Maßgabe der auf den Prinzipien Individualität und Egalität beruhenden Verfassung von 1946, das auf dem *ie*-System basierende Familienrecht aus der Meiji-Zeit abgeschafft und neue rechtliche Regelungen in Kraft gesetzt, die, wie Artikel 24 der Verfassung es formuliert, „auf der Würde des Einzelnen und der wesensmäßigen Gleichberechtigung der Geschlechter“ aufbauten. Infolge dieser Maßnahmen und durch die Demokratisierung Japans hat die traditionell-feudalistische Vorstellung von Familie an Bedeutung verloren. Zudem hat der wirtschaftliche Aufschwung in der Nach-

kriegszeit gesellschaftliche Veränderungen mit sich gebracht, die zur Auflösung der traditionellen Familienverbände und zur landesweiten Herausbildung von autonomen Kernfamilien führten. Dennoch finden sich noch heute Reste des alten Familienverständnisses und der damit verbundenen Tradition. Dies gilt in erster Linie für ländliche Gegenden, wo noch häufig vom ältesten Sohn erwartet wird, den landwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen, für Familien, in denen traditionelle japanische Künste ausgeübt und tradiert werden oder für die buddhistische Geistlichkeit, in der der älteste Sohn den Tempel und das Priesteramt vom Vater erbt. Auch im Bereich des Handwerks oder bei Klein- und Mittelbetrieben ist die Übergabe des Familienunternehmens an den Sohn noch immer weit verbreitet.

Die in Abbildung 2 genannten Daten legen die Vermutung nahe, daß die Weitervererbung eines politischen Mandats an den Sohn ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen ist: Der (älteste) Sohn übernimmt vom Vater das politische Mandat, wie er andernfalls einen Familienbetrieb weiterführen würde. Dies gilt vor allem für die Politiker, die besonders einflußreich sind und ein oder mehrere Ministerämter innehatten. Sie stellen 41 % der „Erb-Abgeordneten“ der LDP im Unterhaus. Hier könnte man vermuten, daß aufgrund der bedeutenden Stellung des Vaters zum einen der moralische Druck, diese Tradition weiterzuführen, größer ist als bei anderen Parlamentariern, zum anderen erscheint in einem solchen Fall, wie später gezeigt werden wird, auch die Wahl des vorgeschlagenen Nachfolgers aussichtsreicher. Dies macht verständlich, warum bei ehemaligen Ministern der Anteil der Schwieger- und Adoptivöhne vergleichsweise hoch ist. Das Vorgehen, sich in einer so einflußreichen Position einen Nachfolger zu adoptieren oder zum Schwiegersohn zu machen und diesem das Amt zu übergeben, steht offensichtlich in der Tradition des alten japanischen Familiensystems.<sup>10</sup>

Mit diesem Argument, das für die Politiker aus dritter und höherer Generation Gültigkeit besitzen mag, läßt sich jedoch nicht erklären, warum die Zahl der Zweitgenerationspolitiker, in deren Familien noch keine ausgeprägte Tradition einer politischen Tätigkeit zu vermuten ist, seit den siebziger Jahren angewachsen ist. Es ist daher erforderlich, unabhängig von Traditionen nach strukturellen Ursachen innerhalb des politischen Systems zu suchen.

Ansatzpunkt hierfür ist die Stellung des einzelnen Abgeordneten im Wahlkreis. Seine Aufgabe als Interessenvertreter des Bezirks bzw. der Wählerschicht, von der er sein Mandat erhalten hat, erscheint häufig so breit gefaßt, daß sie der Position eines „Patrons“ in einem klientelistischen System weitgehend nahe-

---

10 Abweichend von der auf den ältesten Sohn konzentrierten traditionellen Familienstruktur ist jedoch in den dynastischen Familien in der japanischen Politik häufig nicht nur ein Sohn politisch aktiv. So sind etwa aus der Familie des ehemaligen Premierministers Fukuda Takeo sowohl dessen Sohn, Fukuda Yasuo (Wahlkreis Gumma IV), als auch sein Schwiegersohn, Ochi Michio (Wahlkreis Tōkyō III), im Unterhaus vertreten (*Seisaku jihōsha* 1994:80, 106; *Nihon keizai shinbun*, 22.10.1996:27–28).



kommt. Aufgrund der starken Zentralisierung der japanischen Verwaltung werden nahezu alle Entscheidungen über die Vergabe öffentlicher Fördermittel oder Investitionen von der Ministerialbürokratie in Tôkyô getroffen. Dem einzelnen Abgeordneten fällt in diesem System die Rolle des Agenten zu, der, um seine Wiederwahl zu sichern, bestrebt ist, durch effektive Lobbyarbeit möglichst viele öffentliche Aufträge und Gelder für seinen Wahlkreis zu gewinnen und zugleich die Anliegen der Wirtschaft seiner Heimatregion effektiv zu vertreten. Kann man diese Tätigkeit als übliche Aktivitäten von Mandatsträgern in einer parlamentarischen Demokratie anerkennen und auch als Teil etwa des Amtsverständnisses westeuropäischer Abgeordneter beschreiben, ist der zweite große Bereich von Aktivitäten eines japanischen Parlamentariers in vergleichbaren politischen Systemen eher selten zu finden. Hier geht es um das Engagement für persönliche Belange der Wählerschaft durch Nutzung der dem Mandatsträger in der Hauptstadt zur Verfügung stehenden Verbindungen und Möglichkeiten. So beschrieb etwa der Unterhausabgeordnete Mihara Asohiko, der Oktober 1996 nicht mehr wiedergewählt wurde, seine Tätigkeit für den Wahlkreis gegenüber der *Far Eastern Economic Review* (9.3.1989:18–19) nicht nur als Vermittlung zwischen der Wirtschaft in seinem Wahlbezirk und den Zentralbehörden oder als Lobbyarbeit zur Sicherung öffentlicher Aufträge und Investitionen für diese Region. Er nannte darüber hinaus auch die Akquisition von Studienplätzen an Privatuniversitäten in Tôkyô für die Kinder seiner bedeutendsten Wahlkampfspender. Andere Anliegen, die an Abgeordnete herangetragen werden, beinhalten Hilfe bei Steuerproblemen, die Vermittlung von Arbeitsplätzen, Hilfe für kleinere Unternehmen bei der Erlangung von Aufträgen oder Beratung bei juristischen Problemen (WORONOFF 1986:91). All diese Tätigkeiten sind nicht mehr Teil der Aufgaben, die das politische Mandat eigentlich umfaßt. Zudem wären die oben genannten Anliegen sicherlich auch ohne Vermittlung des lokalen Abgeordneten und mit Hilfe anderer Spezialisten, etwa eines Anwalts, lösbar. Daß sich die Wähler dennoch an ihren Interessenvertreter im Parlament wenden, weist auf (traditionell) klientelistische Strukturen hin. Statt sich, etwa bei Problemen mit der Ministerialbürokratie, selbst an die zuständige Instanz zu wenden, wird der lokale Politiker, zu dem man durch längere Bekanntschaft und Unterstützung bei den Wahlen eine persönliche Beziehung besitzt, als Vermittler eingeschaltet. Dieses Vorgehen erfüllt die Kriterien für eine Patronagebeziehung, bei der die Politiker eine Vermittlerrolle als Machtmakler einnehmen und gegenüber den Bürgern im Wahlkreis als Patrone agieren, die den Zugang zur in Tôkyô zentralisierten Macht gewährleisten (FLECK und KUZMICS 1985:21). Die Stellung des Abgeordneten als Patron oder *oyabun* im Wahlkreis bzw. für seinen Wählerstamm wird auch dadurch bekräftigt, daß von ihm erwartet wird, an Hochzeiten und Beerdigungen sowie kulturellen, religiösen und sportlichen Festen im Wahlkreis teilzunehmen. Die Beteiligung an solchen Ereignissen geht dabei über ähnliche Aktivitäten deutscher Politiker, die z.B. Schirmherrschaften für Großveranstaltungen übernehmen oder Grußadressen verlesen, weit hinaus. Die japanischen Abgeordneten werden zu privaten Anlässen in viel kleinerem

Rahmen als etwa ihre deutschen Kollegen gebeten und müssen zudem dabei jeweils einen nicht unbeträchtlichen finanziellen Beitrag leisten. Dafür schuldet der betreute und beschenkte Wähler dem jeweiligen Politiker Loyalität, die sich, so das Kalkül, auf das nächste Wahlergebnis auswirken wird.<sup>11</sup>

Hat sich nun ein Politiker über viele Jahre hinweg ein Netzwerk aus persönlichen Beziehungen (*jinmyaku*) innerhalb der Tôkyôter Ministerialbürokratie, bei der er für seine Heimatregion Lobbyarbeit geleistet hat, und im Wahlkreis aufgebaut und kann er auf eine große Zahl loyaler Anhänger, die er sich im Laufe einer langjährigen, durch Geldgeschenke und Beteiligung bei privaten Anlässen gefestigten Bekanntschaft erworben hat, zurückgreifen, so ist er auch in eine Vielzahl von verpflichtenden Beziehungen eingebunden. Mit dem Übergang in den Ruhestand und der Aufgabe des Mandats würden diese unausgeglichen bleiben, und somit würde auf beiden Seiten Unzufriedenheit entstehen. Entsprechend der Tradition des alten japanischen Familiensystems lassen sich jedoch Verpflichtungen, die mit dem Familienbetrieb verbunden sind, vom Hausvordstand auf dessen Nachfolger übertragen, was durch die ebenfalls traditionell geprägte Identifikation einzelner Familienmitglieder mit der gesamten Familie auch von den Partnern dieser Beziehungen anerkannt wird. Okano Kaoru von der Meiji-Universität in Tôkyô formuliert dies in einem Gespräch mit der Zeitschrift *Far Eastern Economic Review* (22.7.93:16) so: „[When a senior politician leaves the political scene,] he can't easily liquidate the political assets he has built up throughout his lifetime, so it's best to pass them to his sons or grandchildren.“

Durch die Tatsache, daß unter dem alten, bis 1994 gültigen Wahlsystem pro Wahlkreis mehrere Kandidaten direkt ins Parlament gewählt wurden und auch verschiedene Politiker derselben Partei im selben Stimmbezirk gegeneinander antraten, verstärkte sich diese Tendenz weiter. Die LDP-Kandidaten, die in einem Wahlkreis konkurrierten, gehörten dabei meist unterschiedlichen Faktionen an (MASUMI 1995:239). Die Loyalitätsverpflichtung des einzelnen Abgeordneten gegenüber seinem Faktionsführer, dessen politischer Einfluß u.a. von der zahlenmäßigen Stärke der mit ihm verbundenen Abgeordnetengruppe abhängt, beinhaltet auch das Bestreben, beim Übergang in den Ruhestand durch die Be-

11 Während es bei den oben genannten Beispielen, wie etwa bei der Bitte aus der Wählerschaft um Hilfe bei der Suche nach einer Stellung oder einem Studienplatz, die Bürger sind, die sich an den Politiker wenden, ist es beim Besuch von Hochzeiten etc. auch oft umgekehrt. Hier versuchen viele Abgeordnete, bei bestimmten Schichten, die sie als potentielle Wähler umwerben, zu solchen Anlässen eingeladen zu werden, um sich somit Loyalität zu sichern. So ging z.B. der ehemalige Premierminister Nakasone Yasuhiro (Regierungszeit 1982–1987) vor, als infolge des Recruit-Skandals seine Beliebtheitswerte sanken. „In order to stave off disaster, Nakasone has spent a lot of time in the constituency since last September, visiting homes of potential supporters and attending funerals, weddings and other social events. Sources close to Nakasone's staff say that he has also taken to ‚dropping in‘ uninvited on meetings staged by religious groups or local chambers of commerce, even when the groups concerned are linked to rival candidates“ (*Far Eastern Economic Review* 1.2.1990: 11).

nennung eines geeigneten Nachfolgers dafür Vorsorge zu treffen, daß das Mandat für die Partei und die Faktion erhalten bleibt. Durch den Faktionismus innerhalb der LDP hat die persönliche Machtbasis eines Politikers in seinem Wahlkreis sehr an Bedeutung gewonnen.

In der ersten Zeit nach der Gründung der LDP im Jahr 1955 entwickelte die Parteizentrale als Gegengewicht zu den Gewerkschaftsverbänden, auf die sich die Sozialistische Partei stützen konnte, eine Strategie zur Errichtung und zum Ausbau lokaler und regionaler Organisationsstrukturen. Die in den Geschäftsstellen der Präfekturen oder der einzelnen Wahlkreise tätigen, ehrenamtlichen und hauptberuflichen Parteivertreter sollten die politischen Programme der LDP vor Ort bekannt machen, Mitglieder werben und den Wahlkampf für die Kandidaten der Partei durchführen. Zur Schulung dieser Mitarbeiter wurden eigene Institutionen und Programme, wie z.B. das 1957 gegründete und kurz darauf wegen zu geringen Beschäftigungsmöglichkeiten für die Absolventen wieder aufgelöste Institut für Politik (Seiji daigakuin), entwickelt. Durch die ab Anfang der sechziger Jahre einsetzende Aufsplitterung der Gesamtpartei in einzelne rivalisierende Faktionen konnte sich dieses System nie vollkommen entfalten. Konkurrenz und Streitigkeiten zwischen den einzelnen Faktionen im Parlament wirkten bis auf die lokale Ebene fort und spalteten die Ortsgruppen. Die Parteizentrale war nicht in der Lage, einzuschreiten oder die Situation zu kontrollieren. Daher gingen die Abgeordneten dazu über, zur Organisation ihrer Wahlkämpfe und zur Betreuung ihrer Wählerschaft bereits in der Vorkriegszeit übliche, persönliche Unterstützerorganisationen, die sog. *kôenkai* 後援会 (Förder- bzw. Unterstützervereinigung), weiter zu entwickeln und zu ihrer jeweiligen Basisorganisation im Wahlkreis auszubauen (MASUMI 1995:232–236).

Die Besonderheit der *kôenkai* ist, daß sie fest an den jeweiligen Politiker gebunden sind und keine direkte Verbindung zur Parteiorganisation besteht. Die Mitglieder der *kôenkai* sind zum einen Einzelpersonen, die den jeweiligen Parlamentarier stützen, zum anderen aber auch „Multiplikatoren“, die ihrerseits Wählerstimmen eintreiben können. Zu ihnen zählen z.B. Führer von Wirtschaftsverbänden, landwirtschaftlichen Kooperativen oder kulturellen Organisationen (SONE und KANAZASHI 1993:125–130, WORONOFF 1986:94, HAYES 1992:76). Zusätzlich zur bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ausgefüllten Funktion der Unterstützervereinigungen, die persönlichen Beziehungen des Abgeordneten, der einen Großteil seiner Zeit in Tôkyô verbringt, zu seinen Wählern zu Hause im Wahlkreis zu pflegen, haben sich mit der Urbanisierung und dem Wandel Japans zu einer mobilen Massengesellschaft seit den sechziger Jahren neue Aufgabenbereiche herausgebildet. Große, gut organisierte *kôenkai*, wie es etwa die *Etsuzankai* 越山会<sup>12</sup> des ehemaligen Premierministers Tanaka Kakuei

---

12 Der Name dieser Vereinigung nimmt mit dem ersten Zeichen *etsu* 越 Bezug auf die alte Bezeichnung Echigo 越後 für die Präfektur Niigata, aus der Tanaka Kakuei stammt und kann so mit „Gruppe aus den Bergen Alt-Niigatas“ übersetzt werden. Nimmt man die Kanji jedoch wörtlich, bedeutet *Etsuzankai* „die Gruppe, die Berge überschreitet“ und impliziert damit bereits die politische Intention, unbeirrt an ihren Zielen festzuhalten. ROTHACHER

gewesen ist, besitzen Büros in allen größeren Orten im Wahlkreis und sind spiegelbildlich zum Aufbau der LDP organisiert. Studiengruppen ermitteln den Bedarf an öffentlichen Investitionen oder Fördermitteln in der Region oder arbeiten Petitionen aus, die der Abgeordnete gegenüber der Stadt-, Präfektur- oder Zentralverwaltung vertreten soll (HAYES 1992:76, MASUMI 1995:244). Die *kôenkai* sind sehr auf die Person des jeweiligen Politikers fixiert und erhalten, neben regelmäßigen Treffen mit dem Politiker im Wahlkreis, auch häufig Informationen über seine Tätigkeit im Parlament sowie aus dem Privatleben. So zirkulierte etwa in der Unterstützerguppe des ehemaligen Premierministers Nakasone Yasuhiro in dessen Wahlkreis Gunma III um 1988 ein mit einer Auflage von 10 000 Stück produziertes, vierteljährliches Magazin mit dem Titel *Yatchan*, einer Koseform von Yasuhiro. Die Zeitschrift beinhaltete eine Darstellung der Laufbahn des Politikers in Comic-Form sowie eine Klatsch-Kolumne, in der Nakasones Ehefrau Einblicke in das Privatleben der Familie gab (*Far Eastern Economic Review* 1.2.1990:11). Die meisten Politiker organisieren auch regelmäßig ein- bis zweitägige Busreisen für die Mitglieder ihrer *kôenkai* nach Tôkyô, zu deren Programm ein persönlicher Empfang beim Abgeordneten, eine Besichtigung des Parlaments und eine kulturelle Veranstaltung, z.B. ein Theaterbesuch gehören. Andere Aktivitäten in dieser Richtung sind das Abhalten von Seminaren und Vorträgen in beliebten Ausflugsorten, an deren Ende Geschenke verteilt werden (MASUMI 1995:237).

Da Wahlen in Japan durch die recht allgemein gehaltenen Parteiprogramme und das bis 1994 gültige, alte Wahlsystem bisher eher auf Personenwahl als auf die Wahl einer bestimmten Partei konzentriert waren, hatten politische Inhalte und Programme kaum Bedeutung. Wahlentscheidend war und ist vielmehr das Vorhandensein dreier Faktoren, die im Volksmund als die „drei *ban*“ bekannt sind: *jiban* (Unterstützung im Wahlkreis), *kanban* (ein bekannter Name mit einer guten Reputation) und *kaban* (eine volle Brieftasche) (SONE und KANAZASHI 1993:108–109). Für einen Kandidaten, der ein weit ausgebautes Unterstützungsnetzwerk besitzt und dessen Name im Wahlkreis bereits gut bekannt ist, stehen deshalb die Chancen, gewählt zu werden, sehr gut.

Kann ein „Erbpolitiker“ zu Beginn seiner Karriere auf vorhandene Unterstützungsstrukturen zurückgreifen, ist seine Familie bekannt und sein Vater oder Großvater als Politiker beliebt und erfolgreich, erscheint eine Wahl wahrscheinlicher als bei einem Kandidaten, der sich dies erst neu aufbauen muß. Die *Far Eastern Economic Review* (22.7.1993:16) berechnete aufgrund der Ergebnisse der letzten Wahlen für Kandidaten, die als Nachfolger für ein Familienmitglied

---

(1993:50–51) gibt einen deutlichen Hinweis darauf, wie stark diese *kôenkai* an der Tradition und dem damit verknüpften Rollenverständnis festhielt, wenn er bemerkt, die *Etsuzankai* habe sich im Jahr 1990, als sie vor der Wahl stand, die Tochter von Tanaka Kakuei, Tanaka Makiko, zu unterstützen oder sich aufzulösen, für die Selbstaflösung entschieden. Tanaka Makiko wurde im Jahr 1993 in Tanakas Heimatregion Niigata erstmals ins Unterhaus gewählt, ihr Ehemann, der adoptierte Schwiegersohn Tanaka Naoki saß bis 1996 als Vertreter der Präfektur Fukushima im Unterhaus (*Seisaku jihôsha* 1994:64, 136).

vorgeschlagen wurden, eine Chance von mindestens 50%, gewählt zu werden, während andere Bewerber höchstens eine Chance von 10% besäßen. Aus dieser Möglichkeit des Rückgriffs auf bereits vorhandene Beziehungsstrukturen und Finanzquellen läßt sich zudem, wie oben bereits ausgeführt, ein starker Druck auf die Kinder von Politikern ableiten, das Amt des Vaters weiterzuführen. Hierbei spielen nicht nur persönliche Verpflichtungsbeziehungen gegenüber Sponsoren und Anhängern der *kôenkai*, sondern darüber hinaus auch finanzielle Gründe eine Rolle. Zur Finanzierung ihres politischen Mandats nehmen viele Politiker Kredite auf. Nach IWAI (1992:141) ist es dabei gängige Praxis der Banken, die Rückzahlung und Tilgung der Zinsen auf unbestimmte Zeit auszusetzen, solange der betreffende Politiker im Amt ist. Stirbt er oder legt er sein Mandat aus Altersgründen nieder, so wird seine Familie mit den Forderungen konfrontiert, die nach einer langjährigen Abgeordnetentätigkeit zu beträchtlichen Summen anwachsen können. Übernimmt jedoch ein Familienmitglied an seiner Stelle das Mandat, bleibt die Aussetzung des Kredits bestehen.

Die oben dargestellten Faktoren tragen auch zur Erklärung der Frage bei, weshalb unter den „Erb-Abgeordneten“ in der Regel keine Parlamentarier der Kommunistischen Partei (*Nihon kyôsentô*, KPJ) oder der 1994 in der *Shinshintô* aufgegangenen *Kômeitô* zu finden sind.<sup>13</sup> Diese Oppositionsparteien weisen, im Gegensatz zur LDP, gut organisierte Parteistrukturen auch auf lokaler und regionaler Ebene auf, die die Kandidaten beim Wahlkampf unterstützen. Zudem sprechen die *Kômeitô* und die KPJ in erster Linie bestimmte Wählergruppen an, die in mit der Partei verbundenen Organisationen zusammengeschlossen sind und denen die Wahl bestimmter Kandidaten nahegelegt wird. Im Fall der *Nihon kyôsentô* sind dies die Mitglieder der Kommunistischen Partei sowie linke Gewerkschafter, bei der *Kômeitô* handelte es sich im Kern um Angehörige der buddhistischen Sekte *Sôka gakkai* (MASUMI 1995:393–395 bzw. 397–400). Die Kandidaten dieser Parteien können sich daher auf einen festen Wählerstamm berufen, der von der Organisation ebenso betreut wird wie diese auch ihren Wahlkampf leitet. Hier haben somit auch politische „Neueinsteiger“ eine Chance, ohne Hilfe des *jiban* von Vater oder Großvater und auch ohne einen bereits bekannten Namen (*kanban*) gewählt zu werden. Ähnliches gilt für die seit Ende der 80er Jahre in größerem Umfang aktiven Bürgerbewegungen, die heftige Kritik an den von der LDP in der Nachkriegszeit aufgebauten politischen Struk-

13 Die Sozialdemokratische Partei (SPJ/SDPJ, *Shakaitô*, seit Januar 1996: *Shakai minshutô*), die seit der Gründung der Minshutô nur noch als Rumpfpartei weiterbesteht, nahm eine Zwischenstellung ein. Ihre Kandidaten besaßen durch die Unterstützung von Seiten der Gewerkschaftsverbände einen festen Wählerstamm, dennoch war die Partei nicht so straff durchorganisiert wie etwa die KPJ. Aus diesem Grund konnten sich auch hier einzelne „Erb-Abgeordnete“ etablieren, die allerdings nur einen geringen Prozentsatz der Unterhausabgeordneten der Partei ausmachten. Im 1993 gewählten Unterhaus waren von 70 Parlamentariern sieben „Erb-Abgeordnete“, was einem Anteil von 10% entsprach. Alle waren Söhne von Unterhausabgeordneten, darunter auch der ehemalige Parteivorsitzende Yamahana Sadao (*Seisaku jihôsha* 1994: Anhang S. 4).

turen, zu denen auch die erbliche Weitergabe von Abgeordnetenmandaten zählt, üben.

Die Ergebnisse von ICHIKAWA (1990:13) zeigen, daß es Politiker der zweiten oder einer höheren Generation leichter haben, relativ früh in ihrer Karriere ins Parlament gewählt zu werden. Die „Erb-Abgeordneten“ sind in der Regel jünger als ihre Kollegen ohne diesen familiären Hintergrund, die eine längere Vorbereitungszeit für den Einzug ins Unterhaus benötigen.<sup>14</sup> Während neu in die Politik eingetretene Parlamentarier bei ihrer ersten Wahl ins Unterhaus im Durchschnitt im Jahr 1980 45,4 Jahre und 1990 49,6 Jahre alt waren, lag das Durchschnittsalter der erstmals gewählten „Erb-Abgeordneten“ mit 41,2 Jahren (1980), 42,7 Jahren (1990) bzw. 37,8 Jahren (1996) um 4 bis 6 Jahre niedriger (*Nihon keizai shinbun* 22.10.1996:27–29). Dies gewährt den *Jimintô*-Abgeordneten der zweiten oder dritten Generation einen Karrierevorteil. Der innerparteiliche Aufstieg in der LDP geht nach Seniorität vor sich. Als Voraussetzung für ein bestimmtes Partei- oder Regierungsamt sind in der Regel eine festgesetzte Zahl von Wiederwahlen nachzuweisen. HAYAO (1993:99–100) nennt als Kriterium für einen Kabinettsposten mindestens fünf bis sechs Wiederwahlen, insgesamt etwa 15 Jahre Zugehörigkeit zum Unterhaus. Um als Kandidat für das Amt des Premierministers in Frage zu kommen, muß ein Politiker mindestens zehn Wahlperioden, also etwa 25 Jahre, Mitglied des Unterhauses gewesen sein. Um Premierminister werden zu können, sollte man aufgrund der Anforderungen, die die damit verbundenen Aufgaben auch an die körperliche Einsatzfähigkeit des einzelnen stellen, nach herrschender Meinung innerhalb der LDP und bei politischen Beobachtern (HAYAO 1993:103) nicht älter als Ende 60 oder Anfang 70 sein. Das Durchschnittsalter der japanischen Premierminister nach 1945 bei ihrem Amtsantritt betrug 67,7 Jahre.<sup>15</sup> Strebt nun ein junger Politiker nach dem Amt des Premierministers, so muß er, um mit ca. 65 Jahren die erforderliche Erfahrung in Form von zehn Wiederwahlen bzw. 25 Jahren Parlamentszugehörigkeit nachweisen zu können, mit Anfang 40 erstmals gewählt werden. Diese Anforderung erfüllen die meisten der überdurchschnittlich jungen „Erb-Abgeordneten“. HAYAO (1993:105–106) spricht in diesem Zusammenhang auch von einer *self-fulfilling prophecy*:

Those who start their career in the National Assembly at a young age, particularly second-generation politicians, are more likely to receive media attention, political contributions from groups wishing to build a relationship with an up-and-coming politician, and preferential treatment in

14 Diese Vorlaufphase bezieht sich bei japanischen Politikern je nach der Partei, der sie angehören, auf den Aufbau eines Unterstützernetzes und z.B. auf eine Karriere innerhalb eines Gewerkschaftsverbandes (SPJ/SDPJ oder KPJ) oder, für die ehemalige *Kômeitô*, die sich 1994 aufgelöst und der neugegründeten *Shinshintô* angeschlossen hat, in der religiösen Organisation *Sôka gakkai* (WORONOFF 1986:76–78).

15 Die jüngsten Premierminister waren dabei Tanaka Kakuei mit 54 Jahren und Hosokawa Morihiro mit 55 Jahren. Die bei Amtsantritt ältesten Premierminister waren mit je 72 Jahren Ishibashi Tanzan und Miyazawa Kiichi (HAYAO 1993:103, *Seisaku jihôsha* 1994:268, 151, 273, 225).

party and government appointments. Thus they have significant advantage in acquiring the funds and experience needed to become top party leaders and eventually having a shot at the LDP presidency.

Fragt man nach den Konsequenzen dieses Phänomens für das politische System, so läßt sich aufgrund der hohen Zahl der Zweitgenerationspolitiker v.a. ab den 70er Jahren von der Herausbildung einer politischen „Klasse“ sprechen, in der sich die politische Elite Japans durch die Weitervererbung von Mandaten und die Eheschließung zwischen Politikerfamilien selbst reproduziert. Die Mitglieder dieser Gruppe sind aufgrund langjähriger Zusammenarbeit gut miteinander bekannt. Wie gezeigt wurde, werden Mandate oft an Verwandte oder vertraute Mitarbeiter weitergegeben, so daß die Zahl der Akteure, die bei Wahlen neu hinzukommen und die nicht bereits durch ihre familiäre Herkunft oder ihren bisherigen Karriereverlauf Angehörige dieser Politikerschicht sind, eher gering ist. IWAI (1992:71) bezeichnet die japanische Politik daher als „Gildensystem“ (*girudo shakai*), in der der politische Prozeß von einer von der übrigen Bevölkerung abgegrenzten gesellschaftlichen Gruppe bestimmt wird, die Führungspositionen monopolisiert. Der Begriff der „Gilde“ eignet sich auch deshalb gut zur Beschreibung dieses Phänomens, weil er die wirtschaftlichen Aspekte, die damit verbunden sind, mit ausdrückt. Politiker in Japan sind aufgrund ihrer Stellung im Wahlkreis, die vor allem darin besteht, Subventionen und Investitionen in ihre Heimatregion zu kanalisieren, mit mittleren Dienstleistungsunternehmen zu vergleichen. Da unter dem alten Wahlsystem zumeist mehrere Kandidaten derselben politischen Ausrichtung zueinander in Konkurrenz standen, erfolgte eine starke Konzentration auf einzelne Personen, während die Parteiorganisation – will man dieses Bild weiterzeichnen – eher als Dachverband dieser Einzelunternehmen betrachtet werden konnte.

Ob sich durch das neue Wahlsystem und die Einführung von Einerwahlkreisen hier eine substantielle Änderung ergeben wird, sei in Frage gestellt. Wie die Wahlen im Oktober 1996, bei denen auch sieben neue „politische Erben“ ins Parlament einziehen konnten, deutlich machten, verschaffte die gut ausgebildete politische Infrastruktur der Zweitgenerationspolitiker, die ihre Wiederwahl überwiegend erfolgreich betrieben, ihnen unter dem neuen Mehrheitswahlsystem vorerst eher weitere Vorteile gegenüber ihren Mitbewerbern. Solange darüber hinaus auf Seiten der Wähler der Dienstleistungsgedanke der Politik im Vordergrund steht und eine inhaltliche Auseinandersetzung über politische Themen während des Wahlkampfes kaum stattfindet, werden die Zweitgenerationspolitiker ihren Einfluß behalten können und das Paradox (MATSUZAKI 1991:1) der japanischen Politik, daß auf demokratische Weise – durch Wahlen – im Kern undemokratische Strukturen bestätigt und ausgeweitet werden, bestehen bleiben.

## Literaturverzeichnis

- BUNGEI SHUNJÛ HENSHÛBU (1996): *Nijûisseki no ridâ wa dare ka* [Wer werden die politischen Führer des 21. Jahrhunderts sein?], in: *Bungei shunjû* 1, 1996, S. 94–106.
- Far Eastern Economic Review* (Hong Kong): „Political rat race. MP's time and money eaten up by local concerns“, 9.3.1989, S. 18–19.
- Far Eastern Economic Review* (Hong Kong): „Women win out. Major parties adopt new-look candidates for elections“, 20.7.1989, S. 11–12.
- Far Eastern Economic Review* (Hong Kong): „End of the road. Recruit scandal haunts Nakasone at the polls“, 1.2.1990, S. 10–11.
- Far Eastern Economic Review* (Hong Kong): „Father's Shoes. Political success becomes a matter of heredity“, 22.7.1993, S. 16.
- FLECK, Christian und Helmut KUZMICKS (Hg.) (1985): *Korruption. Zur Soziologie nicht immer abweichenden Verhaltens*. Königstein/Ts.: Athenäum.
- HAYANO Tôru (1996): „Seitô“, in: YAMAMOTO Makoto (Hg.): *Chiezô. Asahi gendai yôgo* [The Asahi Encyclopedia of Current Terms], Tôkyô: Asahi Shinbunsha, S. 240–246.
- HAYAO Kenji (1993): *The Japanese Prime Minister and Public Policy*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- HAYES, Louis D. (1992): *Introduction to Japanese Politics*. New York: Paragon House.
- HOLSTEIN, William J. (1990): *The Japanese Power Game. What it Means for America*. New York/Oxford/Singapore/Sydney: Maxwell Macmillan International.
- ICHIKAWA Taichi (1990): *Seshû daigishi no kenkyû* [Eine Untersuchung über Parlamentarier der zweiten Generation]. Tôkyô: Nihon keizai shinbunsha.
- IGARASHI Takeshi (1995): *Miyazawa Kiichi – hoshu honryû saigo no shidôsha* [Miyazawa Kiichi – der letzte Führer aus dem konservativen Hauptstrom], in: WATANABE Akio (Hg.): *Sengo Nihon no saishôtachi* [Die japanischen Premierminister nach dem Zweiten Weltkrieg]. Tôkyô: Chûô kôronsha, S. 415–430.
- IWAI Tomoaki (1992): *Seiji shikin no kenkyû* [Studien über politische Spenden]. Tôkyô: Nihon keizai shinbunsha (1. Auflage 1990).
- IWAI Tomoaki (1993): „The ‚Madonna Boom‘: Women in the Japanese Diet“, in: *Journal of Japanese Studies* 19, 1, S. 103–120.
- KITAOKA Shinichi (1995): *Jimintô – seikentô no 38 nen* [Die LDP – 38 Jahre Regierungspartei]. Tôkyô: Yomiuri shinbunsha.
- MASUMI, Junnosuke (1995): *Contemporary Politics in Japan*. Berkeley: University of California Press.



- MATSUZAKI Tetsuhiko (1991): *Nihon demokurashî no gyakusetsu. Nisei giin wa naze umareru no ka* [Das Paradox der japanischen Demokratie. Warum gibt es immer mehr Zweitgenerationspolitiker?]. Tôkyô: Tôkisha.
- NEUSS-KANEKO, Margret (1990): *Familie und Gesellschaft in Japan*. München: C.H. Beck.
- Nihon keizai shinbun* (Tôkyô): „Shûgiin tôsensha gohyakunin“ [Die 500 gewählten Unterhausabgeordneten], 22.10.1996, S.27–29.
- PHARR, Susan J. (1981): *Political Women in Japan*. Berkeley: University of California Press.
- ROTHACHER, Albrecht (1993): *The Japanese Power Elite*. New York: St. Martin's Press.
- Seisaku jihôsha* (Hg.) (1994): *Seikan yôran* [Handbuch der Politik und Verwaltung]. Vol.12, No.22. Tôkyô: Seisaku jihôsha.
- SONE Yasunori und KANAZASHI Masao (1993): *Bishûaru zeminâru. Nihon no seiji* [Visuelles Seminar: Die Politik Japans]. Tôkyô: Nihon keizai shinbunsha. (1. Auflage 1989).
- VOGEL, Kerstin-Katharina (1995): „Lila Revolution? Madonna-Boom? – Zur Situation von Frauen in der japanischen Politik“, in: PROTOKOLLDIENST DER EVANGELISCHEN AKADEMIE BAD BOLL (Hg): *Pax Nipponica? Die Japanisierung der Welt 50 Jahre nach dem Untergang des japanischen Reiches*. Bad Boll: Evangelische Akademie, S.138–145.
- WORONOFF, Jon (1986): *Politics the Japanese Way*. Houndmills/Basingstoke/Hampshire/London: Macmillan Press.